

Frankreich: 200 Millionen Euro für mehr Ausbildungsplätze

09.07.2014

www.lemonde.fr/politique/article/2014/07/08/conference-sociale-des-mesures-pour-tenter-de-relancer-l-apprentissage_4453440_823448.html

www.gouvernement.fr/premier-ministre/grande-conference-sociale-les-annonces-de-manuel-valls

Der französische Premierminister Manuel Valls hat im Rahmen der "Großen Sozialkonferenz für Beschäftigung" (La grande conférence sociale pour l'emploi) zusätzliche Mittel in Höhe von 200 Millionen Euro zugesagt, um mehr duale Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Gelder sollen innerhalb weniger Tage bewilligt werden. Hintergrund ist der starke Rückgang an Auszubildenden.

Am 7. und 8. Juli 2014 hat die französische Regierung die Große Sozialkonferenz für Beschäftigung (La grande conférence sociale pour l'emploi) einberufen. 300 Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der Gebietskörperschaften nahmen teil, um über die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beraten. Die Duale Ausbildung war neben der hohen Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen, der Beschäftigung von Senioren und der Kaufkraft Thema der Debatten. Staatspräsident François Hollande hatte das Ziel formuliert, die Zahl der Auszubildenden bis 2017 auf 500.000 zu erhöhen. 2013 war die Zahl der Auszubildenden jedoch stattdessen um acht Prozent zurückgegangen. Ein Trend, der sich 2014 fortsetzt (minus 14 Prozent in den ersten vier Monaten des Jahres) und im Vorfeld der Konferenz vom Arbeitgeberverband Medef (Mouvement des entreprises de France) kritisiert wurde. Aktuell gibt es 415.000 Auszubildende in Frankreich, die ihren Beruf im Wechsel zwischen Betrieb und Berufsschule erlernen.

Die von Valls zugesagten zusätzlichen 200 Millionen werden zum einen als Prämie für Ausbilder eingesetzt: Unternehmen, die zum ersten Mal einen Ausbildungsplatz besetzen, erhalten 1.000 €, unter der Bedingung, dass es in ihrem Bereich eine Tarifvereinbarung gibt. Zum anderen soll damit die Ausbildungssteuer (taxe d'apprentissage) subventioniert und „stabilisiert“ werden. Dies ist auf die Reform des Ausbildungssystems im März 2014 zurückzuführen. Die Regierung hat im Zuge der Reform 550 Millionen Euro staatliche Unterstützung für die duale Ausbildung gestrichen und zudem die Ausbildungssteuer reformiert. Unternehmen müssen seit 1925 diese Steuer in Höhe von 0,5 Prozent ihrer Lohnsumme für Ausbildungszwecke abführen. Etwa die Hälfte der Summe können sie einer Bildungseinrichtung in ihrer Region zukommen lassen, auch viele Hochschulen profitieren davon. Der Rest wird von regionalen Trägern verwaltet. Nun beklagt die Medef: „Durch das Gesetz wird der Teil, der den Regionen zugewiesen wird, von 43 auf 56 Prozent erhöht. Als absoluter Betrag stellt das einen Transfer von 380 Millionen Euro dar, die von den Unternehmen verwaltet wurden und nun den Regionen geteilt werden.“ Diese Umverteilung soll nun mit den zusätzlichen Geldern ausgeglichen werden.

Hinzu kommen laut Valls 100 Millionen Euro aus europäischen Fonds, die insbesondere für die Eingliederung der Auszubildenden in den Arbeitsmarkt eingesetzt werden sollen. Von weiteren 80 Millionen aus den „Investissements d'avenir“ (Programm für Zukunftsinvestitionen) sollten neue Ausbildungsangebote finanziert und die Unterbringungskapazitäten finanziert werden. Der Premierminister knüpfte seine Zusage kurzfristiger Zuschüsse an eine Reihe von Forderungen. Die Arbeitgeber müssten z.B. mehr Auszubildende einstellen und sich stärker um die Ausbildung von Lehrmeistern bemühen.

Hollande hat anlässlich der Konferenz außerdem die öffentlichen Verwaltungen aufgefordert, mehr Auszubildende aufzunehmen. Bis 2017 soll dort die Zahl der Auszubildenden von 700 auf 10.000 gesteigert werden.

Die Sozialkonferenz wurde vom Staatspräsidenten als Ort des sozialen Dialogs ins Leben gerufen und fand zum dritten Mal statt.

Quelle: Premier ministre, Le Monde

Redaktion: 09.07.2014 von Kathleen Schlütter, Deutsch-Französische Hochschule

Länder / Organisationen: Frankreich

Themen: Berufs- und Weiterbildung

[Zurück](#)

Weitere Informationen

